

CH_VB 88.468 vom 5. Oktober 1988

Bundesverwaltung, 1988-10-05, DE

Quelle: https://mcp.opencaselaw.ch/entscheid/ch_vb_88.468

FR: CH_VB 88.468 du 5 octobre 1988

IT: CH_VB 88.468 del 5 ottobre 1988

Erwägungen

E. 5

Oktober 1988 715 Energiepolitik. Persönliche Vorstösse Graben-Verbois-Motion ist ein Beispiel für diesen Domino- Effekt. Kaiseraugst wird andere Regionen ermutigen, gleichen Widerstand zu leisten. Deshalb hat wahrscheinlich Herr Bundesrat Ogi recht, wenn er vorhin erklärt hat, dass die Frage, ob Projekte nationaler Bedeutung in diesem Lande in Zukunft überhaupt noch durchführbar seien, offen ist. Die Option Kernenergie ist gefährdet. Die Motion hat nun aber Fakten geschaffen, die nicht mehr sämtliche Optionen - um dieses Wort wieder zu gebrauchen - des Handelns offenlassen. Man kann Geschehenes nicht ungeschehen machen. Deshalb bin auch ich der Meinung, dieser Weg müsse nun zu Ende gegangen werden, ob er gut ist oder nicht. Ich stimme deshalb dem Postulat integral zu. Ich bin froh darüber - und hier unterstütze ich Herrn Schönenberger und auch Herrn Hefti und teile die Meinung von Herrn Rhinow nicht -, dass der Weg nicht über den Widerruf der Rahmenbewilligung laufen kann. Dies geht deshalb nicht, weil die Rahmenbewilligung an den Bedarf gebunden ist. Der Bedarf besteht aber nach wie vor. Wir dürfen den Bedarf nicht indirekt verneinen. Es gibt aber noch eine zweite Möglichkeit für den Widerruf, nämlich die Berufung auf den Schutz wichtiger Rechtsgüter. Auch dieser Weg ist für mich nicht gangbar, weil wir natürlich auch mit dem Nichtbau dieses Werks wichtige Rechtsgüter, ich meine beispielsweise die Durchsetzung des Rechtsstaates, gefährden. Wenn wir den Passus «wichtige Rechtsgüter» nach tagespolitischem Opportunismus einmal so und einmal anders definieren, gehen wir in eine gefährliche Richtung. Ich meine deshalb, dass der andere Weg - auch wenn er nicht voll befriedigt - der bessere sei. Ich darf nun aber doch noch zur vor allem von Frau Bühler geschmähten Option Kernenergie ein paar grundsätzliche Bemerkungen machen: Die Energiepolitik befindet sich im Spannungsfeld von Wirtschaft und Ökologie. Die Katastrophe von Tschernobyl hat gezeigt, dass Kernenergie bei mangelhafter Ausbildung des Personals und mangelhaftem Stand der Technik tatsächlich Katastrophen verursachen kann. Waldschäden und Treibhauseffekt andererseits sind Stichworte, die aufzeigen, dass die Verbrennung fossiler Brennstoffe zwar nur zu schleichenden, im Endeffekt jedoch sicher katastrophaleren Veränderungen in unserer Umwelt führen können. Ein nüchternes Abwägen ergibt, dass das grosse Problem der Jahrtausendwende kaum die Kernenergie, sondern die Verschmutzung der Atmosphäre durch CO₂ sein wird. Dieses Problem wird durch das Wachstum der Weltbevölkerung auf dramatische Weise akzentuiert werden. Die bald 7 Milliarden Menschen auf der Welt werden, wenn sie eine menschenwürdige Existenz haben wollen, Energie brauchen. In diesem Punkt haben wir natürlich auch die Pflicht zu einer gewissen Solidarität. Ich teile die Meinung von Frau Bühler, dass in Ländern ohne technologische Tradition das Betreiben von Kernreaktoren sehr viel problematischer ist als bei uns. Ich glaube, dass gerade das zu unserer Solidarität gehört, dass wir als technisch entwickelte Nation jene technischen Mittel brauchen, die unserem technischen Stand entsprechen. Wir

sollten nicht noch zusätzlich CO₂ produzieren und mehr als nötig nehmen von den knappen Ressourcen, die die ärmeren Länder als einzige Energie überhaupt verwerten können und auf die sie deshalb dringend angewiesen sind. Die Energiepolitik ist aber auf weite Strecken auch Wirtschaftspolitik. Unsere aussenhandelsorientierte Wirtschaft braucht genügend Energie, und zwar zu Weltmarktpreisen, wenn sie konkurrenzfähig bleiben will. Ich weiss natürlich, dass sich viele besorgte Bürger fragen, ob unser Wohlstand moralisch noch begründbar sei. Mir scheint, es gäbe dazu keine Alternative, denn ohne diesen Wohlstand sind Sozialwerke nicht haltbar. Herr Cotti hat für sein AHV-Modell ein Wachstum von 2 Prozent als notwendig angegeben. Ohne diesen Wohlstand ist aber auch Umweltschutz nicht finanzierbar, denn das Beispiel anderer Länder zeigt, dass bei 10, 15 Prozent Arbeitslosen der Umweltschutz plötzlich auf hintere Plätze der Prioritätsliste zurückfällt. Die Konkurrenzfähigkeit unserer Wirtschaft benötigt zudem ein angemessenes Wachstum. Wir dürfen nun nicht übersehen, dass der Strom die eigentliche wirtschaftliche Schlüsselenergie ist. Stichworte dazu sind etwa die Verlagerung in die Dienstleistungsgesellschaft, die neuen Technologien, auch das Sparen von Energie, das explosive Wachstum der Informatik usw. All das beruht auf Strom. Ohne Strom ist ein qualitatives Wachstum nicht denkbar. Durch künstliche Verknappung und durch staatliche Zuteilungsmechanismen kann man natürlich auch eine Marktwirtschaft indirekt in eine Investitionslenkungs- und eine Interventionswirtschaft umfunktionieren, ohne dass man ein einziges Gesetz ändern muss. Es ist unbestritten, dass mit der Energie möglichst haushälterisch umgegangen werden muss. Ich teile diese Spar-Euphorie auch. Es ist sogar denkbar, dass in der Schweiz der gesamte Energieverbrauch zurückgehen wird, obwohl wir ein Wachstum aufweisen. Dies wird aber nicht für den Stromverbrauch gelten. Auch beim Strom gibt es ein Sparpotential. Ich könnte mir sogar vorstellen, dass es wesentlich höher ist, als wir bisher angenommen haben. Wir dürfen aber nicht vergessen, dass beim Strom die erwähnten verbrauchsfördernden Faktoren wirksam sind: Dienstleistungsgesellschaften, Informatik, Umweltschutz usw. Ohne die Erschliessung der grossen Sparreserven würde der Stromverbrauch nach wie vor sehr stark überproportional zum Bruttosozialprodukt wachsen. Die Erschliessung des Stromsparpotentials - das hat die Nationalfonds-Studie belegt, die mit 30 Prozent einen sehr hohen Wert angibt - dauert etwa zwanzig Jahre. Wenn Frau Weber noch anwesend wäre, würde ich ihr mit dem Taschenrechner vorrechnen, was das bedeutet. Das bedeutet nämlich, dass wir trotz voller Realisierung des Potentials in zwanzig Jahren - verglichen mit einem ungebremsen Stromwachstum, wenn wir nicht sparen würden - immer noch eine Stromzunahme verzeichnen, und den Stromkonsum nicht auf ein negatives Wachstum hinunterdrücken können, es sei denn, wir hätten eine Wirtschaftskrise. Dies bedeutet nichts anderes, als dass wir mittelfristig wieder die Stromerzeugungskapazität erhöhen müssen. Weil die Wasserkraftreserven erschöpft sind und die Alternativenenergien wahrscheinlich nicht sehr viel ergeben werden, kann das nur Kernkraft sein, es sei denn, wir würden Strom importieren. Ich möchte Frau Bühler sagen: Ich bin über Ihre Technologiegläubigkeit erstaunt: nicht Technologiegläubigkeit Richtung Kernkraft, sondern Richtung Alternativenenergien! Die deutsche Bundesregierung hat kürzlich eine Bilanz gezogen - ich glaube, es wurden in einigen Jahren mehrere Milliarden in Alternativenenergien investiert-; das Fazit war sehr ernüchternd: Die Bundesregierung kommt nämlich zum Schluss, dass trotz dieser Milliarden keine einzige der erforschten Energien eine eigene Rubrik in der Energiestatistik rechtfertigt. Ich bin ein Alternativenenergie-Fan - meine Firma hat sogar eines der ersten Solarmodule entwickelt -, aber die ganzen Potentiale reichen einfach nicht aus. Ich bin der Meinung - im Gegensatz zu Frau Bühler-,

dass in diesem Land Kernenergie wieder möglich sein muss. Ich finde, man sollte in absehbarer Zeit wieder planen können, ' und bekämpfe diese Resignationshaltung, die sagt, in den nächsten zwanzig bis vierzig Jahren sei dies nicht mehr denkbar. Ich hoffe allerdings, dass die Elektrizitäts- und Energiewirtschaft auch bezüglich Kernenergie technologisch innovativer zu denken beginnt. Es gibt heute Reaktoren - BBC ist mit dem Hochtemperaturreaktor an einem solchen Projekt beteiligt - mit mehr inhärenter Sicherheit, bei welchen man sehr viel künstelnd muss, damit sie nicht stillstehen, und nicht künstelnd, damit sie nicht durchbrennen. Durch die Entwicklung solcher Reaktoren könnte man Ängste abbauen. Nicht dass ich meine, die alten Reaktoren seien zuwenig sicher. Leider setzt bis jetzt die Elektrizitätswirtschaft nur auf die bewährten Leichtwasserreaktoren, die allerdings ausser dem technologisch rückständigen russischen Reaktor ungefähr 3000 unfallfreie Betriebsjahre aufweisen. Die neuen Reaktoren brauchen noch Entwicklungs-

Politique de l'énergie. Interventions personnelles 716

E. 6

octobre 1988 arbeit zur Ueberwindung von Kinderkrankheiten. Man müsste aber trotz dieses Faktors auch aus psychologischen Gründen vermehrt darauf setzen. Ich komme zum Schluss: Was die Option beinhaltet, muss ich hier nicht aufzählen, dies erwähnt die Motion Hunziker. Ich bin der Ansicht, wir sollten den Postulaten von Herrn Schönenberger und dem Vorstoss von Herrn Hunziker zustimmen. Hier wird die Beratung dieser Motionen unterbrochen Le débat sur ces motions est interrompu Schluss der Sitzung um 13.00 Uhr La séance est levée à 13 h 00 #ST# Zwölfte Sitzung - Douzième séance Donnerstag, 6. Oktober 1988, Vormittag Jeudi 6 octobre 1988, matin 08.00 h Vorsitz - Présidence: M. Masoni Energiepolitik. Persönliche Vorstösse Politique de l'énergie. Interventions personnelles Fortsetzung - Suite Siehe Seite 687 hiervor - Voir page 687 ci-devant Präsident: Die Motion Hefti ist inzwischen zurückgezogen worden. Als Redner sind für heute die Kollegen Piller, Meier Hans, Jagmetti, Daniöth, Schönenberger, Ruesch und dann der Herr Bundesrat eingetragen. Herr Jagmetti verzichtet auf das Wort, ein Beispiel, das vielleicht noch andere nach sich zieht! Piller: Ich habe nicht die Absicht zu verzichten; ich will mich jedoch möglichst kurz fassen. Ich habe etwas Mühe mit der Motion von Herrn Schönenberger, und auch mit der Form des Postulates habe ich etwelche Mühe. Das mag Sie erstaunen, habe ich doch seinerzeit gegen die Rahmenbewilligung gestimmt. Für mich genügt die Politik, wie sie durch die Motion Schönenberger vorgezeichnet wird und wie sie auch der Bundesrat aufnimmt. Wir haben in den letzten zehn Jahren hier im Rate sehr oft energiepolitische Vorlagen diskutiert, und die waren immer wieder an Kaiseraugst «gefesselt». Wir haben den Energieartikel durchberaten; dieser Energieartikel wurde abgelehnt. Ich möchte Sie daran erinnern, dass das Volksmehr zwar erreicht wurde, dass aber eine halbe Standesstimme fehlte, die von Basel-Stadt; Basel-Stadt hat diesen Energieartikel abgelehnt - auch mit Blick auf Kaiseraugst. Bei genauer Analyse der politischen Situation entdecke ich in der Motion Schönenberger einen grossen Widerspruch. Glaubt jemand hier, dass man in den nächsten 30 Jahren in einer anderen Region ein AKW bauen können? Wollen wir so - entschuldigen Sie den Ausdruck - «weiterwursteln» und zuerst Standort- und Rahmenbewilligungen erteilen, dann Verzichtsverhandlungen führen; am Schluss soll der Staat wieder entschädigen? Denken wir an Verbois, Graben, aber auch an Rüthi. Wollen wir wirklich so weiter machen und den Energiekonsum - insbesondere den Verbrauch von Elektrizität - ansteigen lassen, wie dies in den letzten zwei

Jahren passiert ist? Es ist eine politische Realität, dass wir mit fünf Kernkraftwerken, basierend auf der Uranspaltung, leben müssen, und dass wir in unserem Land wohl kaum noch ein weiteres bauen können. Diese Tatsache muss auch politische Realität werden und muss unsere Energiepolitik der Zukunft bestimmen. Heute die Option Kernenergie aufrechterhalten - und wenn ich Kernenergie sage, dann meine ich ganz klar die Kernenergie, basierend auf der Kernspaltung, wie wir heute die Atomkraftwerke betreiben -, heisst für mich: wenig Bereitschaft, um echt umzudenken. Politisch müsste heute der Entscheid klar fallen. Die Schweiz wird mit fünf Kernkraftwerken, basierend auf der Kernspaltung, leben müssen. Mehr liegt nicht drin! Und in der Tat sind fünf Kernkraftwerke, bezogen auf unsere Bevölkerungszahl mit sechs Millionen, ein relativ hoher Anteil.

Schweizerisches Bundesarchiv, Digitale Amtsdrukschriften Archives fédérales suisses, Publications officielles numérisées Archivio federale svizzero, Pubblicazioni ufficiali digitali Motion Hunziker Elektrizitätsversorgung der Schweiz und Offenhaltung der Option Kernenergie Motion Hunziker Approvisionnement du pays en électricité et sauvegarde de l'option nucléaire In Amtliches Bulletin der Bundesversammlung Dans Bulletin officiel de l'Assemblée fédérale In Bollettino ufficiale dell'Assemblea federale Jahr 1988 Année Anno Band III Volume Volume Session Herbstsession Session Session d'automne Sessione Sessione autunnale Rat Ständerat Conseil Conseil des Etats Consiglio Consiglio degli Stati Sitzung

E. 11

Séance Seduta Geschäftsnummer 88.468 Numéro d'objet Numero dell'oggetto Datum 05.10.1988 - 08:00 Date Data Seite 705-716 Page Pagina Ref. No 20 016 873 Dieses Dokument wurde digitalisiert durch den Dienst für das Amtliche Bulletin der Bundesversammlung. Ce document a été numérisé par le Service du Bulletin officiel de l'Assemblée fédérale. Questo documento è stato digitalizzato dal Servizio del Bollettino ufficiale dell'Assemblea federale.

Export aus OpenCaseLaw (CC0). Verbindlich ist allein der vom erlassenden Gericht veröffentlichte Originaltext. Quellen-URL siehe oben.